

c) Ärzte, Juristen	
Ärzte	3
Rechtsanwälte	2
d) Arbeiter, Handwerker	
Arbeiter, Landarbeiter	8
selbständige Handwerker	6
unselbständige Handwerker	6
Metzger	14
e) Haus- und Pflegepersonal	
Haushälterinnen	10
sonstiges Hauspersonal	4

Mehr als zwei Drittel der jüdischen Erwerbstätigen konzentrierten sich im Sektor Handel und Verkehr, vornehmlich im Einzelhandelsgewerbe (hier besonders: Manufaktur-, Textil- und Lederwaren). In den lippischen Städten spiegelte sich dieses in kleinen oder mittleren Geschäften, in Detmold auch in Kaufhäusern (Alsberg & Co., Rosenbaum) wider. Sogar die im Bereich Handwerk aufgeführten Juden waren zu einem großen Teil Inhaber kleiner Betriebe oder unterhielten offene Verkaufsstellen. Bei den Angestellten verhielt es sich nicht anders; ein erheblicher Teil war in den Verkaufsabteilungen des Einzelhandels beschäftigt.

In den ländlichen Gebieten des Landes – besonders z.B. in Schlangen und Silixen – dominierte der Viehhandel, der von altersher eine jüdische Domäne gewesen war. Der Viehhandel beschränkte sich nicht nur auf den Handel mit Pferden und Rindern, sondern beinhaltete häufig auch das Schlachten der Tiere, die Herstellung von Wurstwaren, das Gerben von Leder und den Handel mit Fellen und Häuten.

Ungefähr die Hälfte aller jüdischen Erwerbstätigen in Lippe war selbständig; in der deutschen Gesamtbevölkerung waren es gerade 16% (in Lippe ca. 17%). Die überwiegende Mehrheit der lippischen Juden hielt damit an ihren überkommenen Berufen und Sozialverhältnissen fest.

SA-Terror und Boykott 1933

Mit der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten begann der Terror gegen die jüdische Bevölkerung. In den ersten Februartagen des Jahres 1933 wurden jüdischen Geschäftsleuten wiederholt die Fensterscheiben eingeschlagen. Noch galten die Aktionen der neuen Machthaber allerdings mehr den politischen Gegnern, insbesondere den Kommunisten. Nach dem Reichstagsbrand waren Haussuchungen bei Mitgliedern der KPD an der Tagesordnung. In Bösingfeld erfolgte am 1. März 1933 eine umfassende Razzia bei Kommunisten, die auch auf jüdische Haushalte ausgedehnt wurde. Nur zu gern rückte man die wegen ihrer liberalen politischen Gesinnung bekannten Brüder Kleeberg, den Arzt Dr. Schleyer und den Händler Frankenstein in die Nähe des Marxismus. Die Beschlagnahme einiger Handfeuerwaffen aus dem Ersten Weltkrieg reichte der Polizei aus, um

Julius Kleeberg in Haft zu nehmen. Besonders in Bösingfeld waren die Juden im März und April nächtlichen Terrorakten und Heimsuchungen ausgesetzt. Verzweifelte Hilfeersuchen von Grete Kleeberg oder Heinrich Schleyer verhallten bei den Behörden unerhört.

Zukurzgekommene verliehen ihrer neuen Stärke in anonymen Schreiben Ausdruck und drohten einzelnen jüdischen Bürgern Gewalt an.

Der 11. März 1933 stellte in Lippe einen bisherigen Höhepunkt des Terrors und der gewalttätigen Willkürakte dar. In nahezu allen Orten des Lipperlandes waren SA und Hilfspolizei bemüht, die „nationale Revolution“ von unten weiter voranzutreiben. Für die jüdische Bevölkerung bedeutete dieser Tag erneute Ängste vor Übergriffen und die Gewißheit, ohne jeglichen Schutz dem Terror ausgeliefert zu sein. Um 8 Uhr morgens besetzten SA- und SS-Leute die Eingänge jüdischer Geschäfte in Detmold und zwangen die Besitzer, Schilder mit der Aufschrift „Deutsche, kauft bei Deutschen, nicht bei Juden!“ auszuhängen. Das Geschäft Alsberg & Co. sowie das Schuhhaus „Teutonia“ in Detmold und die Schlachtereier Hammerschlag in Lage wurden zur Schließung gezwungen. Die Presse stellte den Schritt als Vorsichtsmaßnahme dar, denn es seien „nach Mitteilungen aus dem Lande Beschädigungen der Geschäftsräume zu befürchten“ gewesen.

Die Hilfspolizei unter Führung des SS-Sturmabteilführers Stroop verhaftete neben Kommunisten und Sozialdemokraten zunehmend jüdische Geschäftsleute und hielt sie für mehrere Tage oder gar Wochen in „Schutzhaft“. Prominentes Opfer war der jüdische Redakteur des sozialdemokratischen „Volksblattes“, Felix Fechenbach, der am 11. März in „Schutzhaft“ genommen und später Anfang August 1933 bei der „Überführung“ in das Konzentrationslager Dachau von Fritz Grütemeyer und zwei weiteren „auf der Flucht erschossen“ wurde.

Die Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland waren im Ausland nicht unbeachtet geblieben. Eine Detmolder Firma klagte über Auftragsannullierungen von vornehmlich jüdischen Kunden in den USA und forderte die Regierung auf, „derartige Vorkommnisse“ zu unterbinden. Die Nationalsozialisten stellten die kritischen Stimmen des Auslandes als „jüdische Greuelpropaganda“ dar und kündigten den „Abwehrkampf“ gegen die „Greuelhetze“ an. Am 29. März 1933 wurden in den lippischen Tageszeitungen die Aufrufe der Partei zum Boykott jüdischer Geschäfte, Rechtsanwälte und Ärzte und die Anordnung zur Bildung von örtlichen Aktionskomitees veröffentlicht. Der Boykott sollte schlagartig am Samstag, den 1. April 1933 um 10 Uhr morgens einsetzen. Viele SA-Leute und Parteigenossen griffen der ersten staatlich organisierten Maßnahme gegen die Juden voraus. Am 28. März war es bereits in Detmold und Bad Salzuflen zu vereinzelt Aktionen gekommen. Jüdische Geschäftsleute wurden genötigt, Schilder mit der Aufschrift „Deutsche, kauft nur bei Deutschen. Wir sind Juden!“ in ihren Schaufenstern auszuhängen. Sally Hammerschlag in Lage wurde für zehn Tage in „Schutzhaft“ genommen. Einen Tag

später, am 29. März, postierten sich in Detmold, Bad Salzuflen und Schötmar SA-Männer vor jüdischen Geschäften, überwachten die Eingänge und hinderten Menschen am Betreten. Gegen Nachmittag schlossen die Geschäfte.

Die Reaktionen der jüdischen Bevölkerung zeugten von Hilflosigkeit. Die Bundesleitung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten sandte den Ortsgruppen Plakate, die auf die Beteiligung und die Opfer der deutschen Juden während des Ersten Weltkrieges hinwiesen, mit der Aufforderung zu, diese in den Geschäften auszuhängen. Die Synagogengemeinde Horn bat die Landesregierung, von Boykottmaßnahmen in der Stadt absehen zu wollen. Beigelegt war ein Telegramm an Fritz Examus in New York: „Sorge dringend für die Unterbindung der lügenhaften Deutschenhetze. Die deutsche Regierung schützt uns.“ Der jüdische Direktor der Sinalco AG, Carl Vogel, verschickte Rundschreiben „zur Aufklärung über die Greuelhetze“ an ausländische Geschäftspartner. Die Synagogengemeinde Schötmar protestierte bei jüdischen Stellen im Ausland gegen die Angriffe auf die deutsche Regierung.

Der 1. April selbst zeitigte in Lippe offensichtlich nicht die gewünschten Erfolge. Unter Stroops Befehl führte die Hilfspolizei zahlreiche Haussuchungen und Verhaftungen durch; in Bösingfeld verlief die Boykott-Aktion nicht so, wie manche Parteigenossen es sich vorgestellt hatten. Einige Geschäftsleute des Ortes begrüßten zwar grundsätzlich den Boykott jüdischer Geschäfte, wendeten sich aber gegen willkürliche Übergriffe und beleidigende Zwangsmaßnahmen. Der Bösingfelder Ortsgruppenleiter selbst wurde von einem Parteigenossen wegen seiner „Laschheit“ und dafür, daß er sich bei den Juden für die Vorkommnisse des 1. April entschuldigt hatte, denunziert.

Der Terror gegen die Juden setzte sich bis in den Sommer 1933 hinein fort. Viele „alte Kämpfer“, die nun in der Hilfspolizei einen Platz gefunden hatten, ergriffen die Gelegenheit und beglichen „alte Rechnungen“. Der Wüstener Ortsgruppenleiter nahm am 10. April kurzerhand den Detmolder Rechtsanwalt Dr. Hirschfeld fest, nicht ohne ihn zuvor verprügelt zu haben. Die „Schutzhaft“ erwies sich als ein Instrument, den willkürlich Verhafteten Geständnisse jeglicher Art, Geld oder „Sühneleistungen“ abzupressen. Dem Kaufmann Paul Arensberg wuchsen die Verhältnisse über den Kopf. Nach zahlreichen Terrorakten und Haussuchungen hatte er einen Selbstmordversuch begangen, den der „Lippische Kurier“ hämisch kommentierte. Als die Gebrüder Arensberg Mitte Juni erneut in „Schutzhaft“ genommen wurden, erlitt der ohnehin nach seinem Selbstmordversuch labile Paul Arensberg einen Nervenzusammenbruch. Am 1. Juli 1933 unterzeichneten die Brüder im Beisein des Detmolder Kreisleiters Wedderwille eine Erklärung zur „Sühneleistung“ über RM 35.000 an das Land Lippe, die ihnen die Entlassung brachte.

Anonymes Schreiben an die Gebrüder Arensberg, 8. 3. 1933
(StA DT L 113 Nr. 1271)

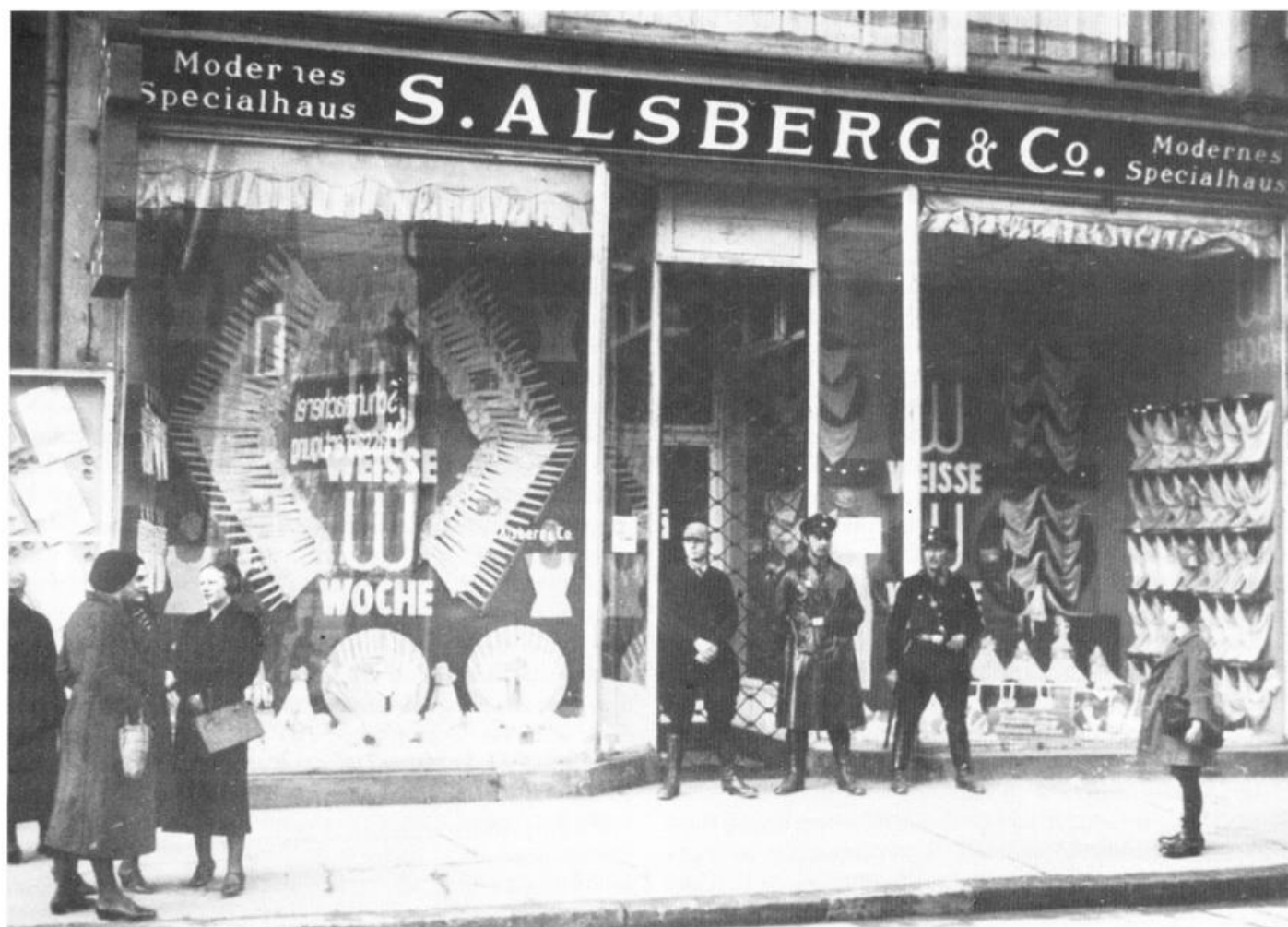
Ihr Bonzen Juden in Alverdissen.

Ihr habt gar jetzt wohl gesehen das unser NSDAP-Führer Adolf Hitler Reichskanzler ist. Ihr habt lange genug unsere deutschen Männer und Frauen betrogen und belogen. Jetzt sprechen wir Nationalsozialisten erst mahl mit. Ihr Bonzen Juden. Das geht jetzt auf was ihr mit den deutschen Bürgern gemacht haben. Ihr Stinke Juden haben viehle Familien das Strick fest gezogen und das Blut ausgesaugt. Das Geschäft hört jetzt erst mahl auf. Wie wir Nationalsozialisten erfahren stinken sie wieder in Sonneborn rum und wollen Lesebuscher Land verkaufen. Wir Nationalsozialisten in Sonneborn haben uns vereinbart wenn wir hören das du wieder in Sonneborn rumstinkst und willst Lesebuscher Land verkaufen dann sollst du mahl sehen was wir mit dir machen. Wir werdens gewahr wenn du da mit zwischen sitzt. Dann können wir wohl mahl den Gummiknüppel . . . (unleserlich) und den Stinke Juden nach Pallästina zu treiben. Da kannst du den Leuten alles weg nehmen. Aber jetzt bei dieser deutschen Nation gibts es nicht mehr. Es weht anderer Wind in Deutschland. Du kannst es nochmahl riskieren wegen Lesebuscher Land und stinken hinrennen. Es ist ein Pfiff dann sind die Gummiknüppel da. Dann sollst du mahl sehen was wir mit den Stinke Juden machen.

Heil Juda
Alverdissen
Reisen nach Pallästina

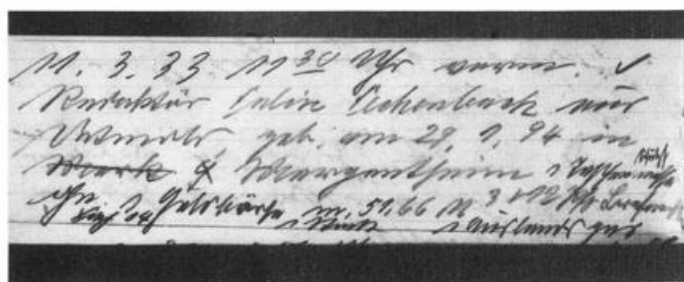


Die Verhaftung Felix Fechenbachs am 11. 3. 1933
(StA DT D 75 Nr. 3819)



SA-Posten vor dem Geschäft Alsberg & Co. in Detmold, 11. 3. 1933

(StA DT D 75 Nr. 2847)



Eintragung über die Inschutzhaftnahme von Felix Fechenbach, 11. 3. 1933

(StA DT D 22 Detmold Zg. 81/86, Schutzhaftgefangene 1933)

Schreiben der Horner Juden an die Landesregierung, 29. 3. 1933

(StA DT L 80 Ie.IV. 5.2.1)

Die jüdischen Einwohner der Stadt Horn protestieren energisch gegen die von unverantwortlichen Elementen in Szene gesetzte Hetze gegen Deutschland. Wir haben bereits an den Sohn eines hiesigen Mitbürgers in Amerika ein entsprechendes Telegramm gerichtet, welches wir in Abschrift beilegen, um diesem Lügenfeldzug ein

Ende zu bereiten. Jeder von uns sieht es nach wie vor als seine Ehrenpflicht an, in vollstem Umfange seine Pflicht gegenüber dem Staat und seiner verfassungsmäßigen Regierung zu tun. Als alteingesessene Bürger der Stadt Horn, deren vornehmste Aufgabe es stets gewesen ist, für das Wohl des Deutschen Reiches zu arbeiten, bitten wir höflichst, von den Boykottmaßnahmen in unserer kleinen Stadt, wo einer den anderen kennt, absehen zu wollen.

Der Vorsteher unserer Gemeinde hat Gelegenheit genommen, mit dem Ortsgruppenleiter der hiesigen NSDAP, Herrn Nagel, Rücksprache zu nehmen und wird Herr Nagel die Richtigkeit obiger Ausführungen nur bestätigen.

Wir möchten noch hinzufügen, daß 4 Mitglieder der hiesigen Gemeinde im Weltkriege gefallen sind.

Wir werden nach wie vor nichts als unsere selbstverständliche Pflicht tun, die darin besteht, nur dem Interesse des Deutschen Reiches und seiner Regierung zu dienen.

Wir hoffen deshalb auch zuversichtlichst, daß unserer Bitte entsprochen wird, umsomehr, als wir selbst nur kleine Geschäfte haben, die durch die allgemeine Not der Zeit ebenso furchtbar gelitten haben wie diejenigen unserer Mitbürger.



SA-Posten vor dem Schuhhaus „Teutonia“ (Inh. Eduard Kauders) in Detmold, 11. 3. 1933
(StA DT D 75 Nr. 2847)

Hilfeersuchen Dr. Schleyers, Bösingfeld, bei der Kreisleitung Lemgo, 31.3.1933
(StA DT L 113 Nr. 223)

Im Vertrauen auf Ihren Gerechtigkeitssinn entschieße ich mich endlich, Sie in dem schweren Kampfe, den wir seit Wochen zu führen haben, um Beistand zu bitten. Fast jeder Tag erneuert und verstärkt die Leiden und Quälereien, denen wir bisher schon ausgesetzt waren. – In der letzten Nacht erschienen SA-Leute vor unserer Haustür und beschmierten – ungeachtet meiner Proteste – die Glasfüllungen der Haustür, den Fußboden der Vorflure und die Fliesen vor der Haustreppe mit blutroter Ölfarbe; auf den Fliesen liest man: Weg mit Juda. – Wenn ich recht unterrichtet bin, sollten bei dem Boykott gegen die Juden Personen und Sachen keinen Schaden nehmen. Trotzdem behandelt man mich so; einen Mann, der sich freiwillig in's Feld gemeldet hat, schwer verwundet wurde und das EK II und EK I erhielt; einen Mann, der stets mit Liebe an seinem Deutschtum hing, seine Kinder in diesem Geiste erzog und nie auch nur die geringste Beziehung zu kommunistischen Ideen gehabt, ja Zeit seines Lebens keiner Partei angehört und seit etwa 10 Jahren auch jede politische Betätigung vermieden hatte. – Die gleiche Behandlung wie mir wider-

fuhr auch dem Kaufmann M. Frankenstein, einem braven und geachteten Bürger Bösingfelds, dessen Vater schon das EK aus dem Kriege 70/71 besessen hatte, der selbst das EK II, das Lippische Verdienstkreuz, mehrere Feuerwehrauszeichnungen erworben hat und um die Gemeinde erhebliche Verdienste hat. Auch er steht jedem Marxismus fern.

In schlimmerer Lage befindet sich die Familie des in Schutzhaft befindlichen Kaufmanns J. Kleeberg, die, jeden männlichen Schützer entbehrend, in der vergangenen Nacht telefonisch die Polizei zu Hilfe rufen mußte.

Welche Perspektiven eröffnen sich dem jüdischen Bürger auf dem Lande, wenn die Kaufleute, wie es heute abend geschah, genötigt werden, Plakate auszuhängen des Inhalts: an Juden werden Waren nicht verabfolgt! – Ich hoffe, daß Sie, sehr geehrter Herr, Verständnis für unsere Lage und den Wunsch und die Möglichkeit haben werden, sie etwas zu erleichtern. Fehlt Ihnen diese Möglichkeit, so darf ich Sie dringend bitten, mein Schreiben einer geeigneten Stelle weiterreichen zu wollen, vielleicht unter Beilegung des mir vor einigen Tagen unaufgefordert zugegangenen Briefes, den ich in Abschrift beilege.

